

Politische Erklärung zur Gründung der Fraktion "Die Linken im Rat"

Wir schließen uns zur Fraktion „Die Linken im Rat“ zusammen, weil wir der Auffassung sind, daß wir so die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler wirkungsvoller vertreten können.

Uns eint die Opposition gegen Marktradikalismus und Abbau des Sozialstaats, gegen Umverteilung von Unten nach Oben, gegen Privatisierung und für Rekommunalisierung, gegen Zerstörung unserer städtischen Lebenswelt zugunsten privaten Gewinnstrebens, gegen die neoliberale Austrocknung der Gemeindefinanzen. Uns eint der Widerspruch gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren und gegen die Reduzierung der Sozial- und Bildungsbudgets zugunsten der immensen Ausgaben für militärische Auslandseinsätze, gegen das Erstarren neofaschistischer Tendenzen und die Rücknahme demokratischer Rechte.

Wir streiten gemeinsam mit den von dieser Politik betroffenen Menschen in Dortmund für ihre Interessen im Rat und außerhalb. Außerparlamentarische Aktionen sind Teil unserer Politik. Wir beteiligen uns an der Entwicklung konkreter Alternativen. Wir suchen die Zusammenarbeit mit allen Menschen, die in diesem Sinn eine andere Politik wollen, mit Bürgerinitiativen, Verbänden und Gewerkschaften und bringen deren Anliegen, Interessen und Forderungen im Rat zur Sprache.

Die Fraktion „Die Linken im Rat“ gestaltet ihre Arbeit demokratisch, offen und transparent und stellt ihre Arbeit öffentlich zur Diskussion.

Bis zum Ende der laufenden Wahlperiode, bis zur nächsten Kommunalwahl setzt sich die Fraktion folgende Schwerpunkte:

Arbeit und Ausbildung

Im sozialen Bereich, bei Bildung, Gesundheit und Pflege, im öffentlichen Nahverkehr, im Wohnungsbau und Umweltschutz ist ein erheblicher Bedarf an Arbeit vorhanden. Nur ein Bruchteil davon erscheint in der Form qualifizierter, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze am 1. Arbeitsmarkt. Solange die Unternehmer für die von ihnen verursachte andauernde Massenerwerbslosigkeit nicht in Haftung genommen werden, fällt der Gemeinschaft selbst, der öffentlichen Hand eine Schlüsselrolle beim Erhalt und der Schaffung existenzsichernder Beschäftigung in diesen Bereichen zu. Vor allem die Kommunen müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen, und zwar auf drei Ebenen:

1. Der Personalabbau in städtischen Verwaltungen und Beteiligungsunternehmen ist sofort zu stoppen. Das Rationalisierungsprojekt „Verwaltung 2020“ lehnen wir als gemeinwohlschädlich ab und werden die Beschäftigten in ihrem Widerstand unterstützen.
2. Kommunale und gemeinnützige Träger sind für die Schaffung qualifizierter, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze in den genannten Bereichen vorrangig zu fördern. Erzwungene Arbeit, als „1-€-Jobs“ oder in welcher Form auch immer, weisen wir zurück.
3. Zuwendungen und geldwerte Leistungen der Wirtschaftsförderung an private Unternehmen sind an verpflichtende Arbeitsplatzzusagen zu binden und bei deren Nichteinhaltung zurück zu fordern.

Die Arbeitszeit in der Stadtverwaltung und städtischen Beteiligungsunternehmen ist bei qualifiziertem Lohnausgleich zu verkürzen.

Wir setzen uns für einen gesetzlichen Mindestlohn ein, der Armutslöhne unterhalb der von UNO und EU definierten Armutsgrenze ausschließt und fordern ihn als Bedingung auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Wir sind für eine Ausbildungsoffensive der Stadt und ihrer Beteiligungsunternehmen. Dabei ist eine Ausbildungsquote von 10 Prozent herzustellen. Bis eine bundesweit verbindliche Umlageregelung geschaffen ist, muß die Stadt über das kommunale Steuerschöpfungsrecht die erforderlichen Mittel bei ausbildungsunwilligen Unternehmen erheben, damit alle Dortmunder Jugendlichen eine den individuellen Fähigkeiten entsprechende qualifizierte Ausbildung erhalten.

Sozialpolitik

Hartz IV ist zutiefst unsozial, vergrößert die Armut in Dortmund und muß zurückgenommen werden. Wir unterstützen Initiativen, die dies zum Ziel haben. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns für jede konkrete Verbesserung der Lage der Hartz-IV-Opfer ein, wie z.B. die vollständige Übernahme von Wohnungs- und Heizkosten. Durch Leistungskürzungen erzwungene Umzüge lehnen wir ab.

Wir sind für die Einführung eines kostenlosen Sozialtickets für Einkommensarme im öffentlichen Nahverkehr.

Guter und bezahlbarer Wohnraum ist lebensnotwendig für alle Menschen. Wir sind gegen den Verkauf von Wohnungsbeständen aus öffentlicher Hand an Privatinvestoren. Wir setzen uns für den öffentlichen Wohnungsbau ein. Wir sind dafür, alten- und behindertengerechtes und Generationen übergreifendes Wohnen mehr zu fördern und das Genossenschaftswesen zu stärken.

Stadtentwicklung

Die Entwicklung der Stadt hat darunter gelitten, daß die Rathauspolitik mit ungesicherten Planungen und riskanten Projekten der beste Spekulant im Land sein wollte.

Diese Politik werden wir weiter kritisieren und Vorschläge machen für eine an der Geschichte der Stadt und den Erfahrungen und Werten der in ihr lebenden Menschen anknüpfende Stadtentwicklung, die auf sozialer, ökonomischer und ökologischer Vernunft gründet. Es gilt, Leuchtturmprojekte und Metropolenwahn zu beenden zugunsten einer Planung und Entwicklung der Stadt und ihrer Bezirke im Interesse der hier lebenden Menschen und ihrer Zukunft.

Solche Politik wird sich auf leistungsfähige öffentliche Infrastrukturen und umfassende soziale und kulturelle Versorgung konzentrieren. Erst damit wird die Grundlage für privates Engagement geschaffen, das definierte Räume in der Stadt findet und sie mit Blick auch auf das Gesamtwohl der Stadt sinnvoll ausfüllen kann.

Verkehrspolitik

Wir unterstützen einen flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und sind für einen attraktiven Ausbau der Dortmunder Bahnhöfe. Wir wenden uns gegen den Bau neuer Schnellstraßen im Stadtgebiet und fordern den Ausbau des Radwegenetzes.

Den weiteren Ausbau des Flughafens Dortmund sowie die Ausweitung seiner Betriebszeiten und Verspätungsregelungen lehnen wir ab. Der Flughafen muß auf seinen Infrastrukturauftrag als Geschäftsflughafen der Dortmunder Wirtschaft zurückgeführt werden, die Expansion in den Massentourismus ist zurückzunehmen, bei Übernahme des Personals zu Tariflöhnen in andere städtische Betriebe. Der Schutz der Menschen in der Region vor gesundheitsschädigenden Immissionen muss bei allen Planungen erste Priorität bekommen.

Freiraum und Umwelt

Zur Lebensqualität und Daseinsvorsorge gehört eine intakte Umwelt. Wir lehnen die weitere Zersiedlung der Grün- und Freiräume im Stadtgebiet ab.

Wir sind für die ruhrgebietsweite Umweltzone als einen notwendigen Schritt zur Reduzierung der Treibhausgase, des Feinstaubs und des Lärms.

Wir streben die vollständige Rekommunalisierung der Energieversorgung unter bevorzugtem Einsatz erneuerbarer Energien an. Die kommunale Wasserversorgung darf nicht weiter privaten Kapitalinteressen geöffnet werden, die DEW 21 ist vollständig ins Eigentum der Stadt Dortmund zurückzuführen.

Wir setzen uns für den Rückzug aus der Müllverbrennung und die Förderung der Kreislaufwirtschaft ein.

Frauen

Der Reichtum an Wissen und Fähigkeiten der Frauen stößt immer noch auf Vorurteile und tradierte Rollenverständnisse, sowohl im Privaten als auch in der Öffentlichkeit. Bei gleicher Arbeit verdienen Frauen weniger als Männer, auf der Suche nach Arbeit landen sie oft in Minijobs und Teilzeitarbeit, von Arbeitslosigkeit und Armut sind sie am stärksten betroffen, die meisten Renten werden nicht existenzsichernd sein.

Alle Frauen – deutsche wie Migrantinnen - brauchen die gleichberechtigte Teilhabe an den beruflichen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Wir setzen uns für die Beendigung jeder Diskriminierung im privaten wie öffentlichen Leben, in Bildung und Ausbildung, Arbeit und Beruf, Kultur und Politik ein und fordern die besondere Förderung von Frauen, wo noch keine Chancengleichheit hergestellt ist.

Kinder und Jugend

Wir setzen uns dafür ein, daß die Dortmunder Familienpolitik auf die Bedürfnisse benachteiligter Kinder und Jugendlicher ausgerichtet wird. Wir fordern die flächendeckende Schaffung kostenloser Kinderbetreuungseinrichtungen für einkommensarme Familien.

Um dem wachsenden Beratungsbedarf gerecht zu werden, setzen wir uns für eine qualifizierte, den wachsenden Aufgaben angemessene Personalausstattung der städtischen Kinder- und Jugendhilfedienste und der Familienbüros ein.

Gemeinnützige private Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen sind leistungsgerecht zu fördern.

Bildung

Bildung ist allen zugänglich zu machen. Soziale Herkunft und unterschiedliches Leistungsvermögen dürfen dabei keine Rolle spielen.

Gleiche Bildungschancen für alle bedeutet deshalb vor allem, die Zugangsmöglichkeiten zu verbessern, Ausstattung und Bildungssystem den wachsenden Anforderungen anzupassen.

Das dreigliedrige Schulsystem ist von gestern, ein Relikt aus Kaisers Zeiten, das in einem zukunftsorientierten Europa keinen Widerhall mehr findet. Nur das gemeinsame Lernen aller Kinder ermöglicht ein Höchstmaß an Lernbereitschaft, Lernfähigkeit und sozialer Kompetenz. Es ist Aufgabe von Ländern und Kommunen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, Förder- und Fördermöglichkeiten weiter auszubauen und die Bildungseinrichtungen bereitzustellen.

Deshalb unterstützen wir eine flächendeckende Einrichtung von Ganztagschulen mit qualifiziertem Bildungs- und Betreuungsangebot und den weiteren Ausbau von Gesamtschulangeboten.

Auch der Freizeitbereich bedarf einer gründlichen Aufwertung. Wir setzen uns dafür ein, daß alle Jugendlichen Zugang zu qualifizierten Freizeiteinrichtungen erhalten. Die Bemühungen der in den Einrichtungen Tätigen sind zu unterstützen, das Personal ist aufzustocken, Kinder- und Jugendeinrichtungen sind zeitgemäß auszustatten.

Integration von Migrantinnen und Migranten

Wir sind für die Förderung eines solidarischen Zusammenlebens mit Migrantinnen und Migranten und unterstützen den Masterplan Integration. Multikulturelle Initiativen, Stadtteilprojekte, Jugendeinrichtungen und Sportvereine sollen stärker finanziell gefördert werden.

Integration ist keine Einbahnstrasse. Wir wollen gleiche Rechte für alle Einwohnerinnen und Einwohner. Wir kämpfen gegen jede Form von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung.

Wir setzen uns für ein diskriminierungsfreies Bleiberecht von „geduldeten“, Flüchtlingen und für die Verbesserung der Situation der „Illegalen“, ein.

Muttersprachlicher Unterricht muß stärker gefördert werden. Deutschkurse für Migrantinnen sind mit kostenlosen Betreuungsangeboten für deren Kinder zu kombinieren.

Abwehr neonazistischer Umtriebe und rechter Ideologien

Rechtsradikale Propaganda darf nicht toleriert werden. Wir fordern nicht nur von Polizei und Justiz, sondern auch von Kommunalpolitikern und städtischen Dienststellen, mit allen gebotenen Mitteln öffentliche Auftritte Rechtsradikaler zu verhindern.

Dem Vordringen rechter Ideologien ist in allen Bereichen der Stadtgesellschaft aktiv entgegen zu treten. Das Zurückdrängen antidemokratischer Ideologien muß zum Querschnittsthema von Politik und Verwaltungshandeln werden.

Antifaschistische Initiativen und Schulprojekte sind stärker zu fördern.

Alte Menschen in unserer Gesellschaft

Anteil und Anzahl der älteren Menschen über 60 nehmen immer mehr zu. Nicht am Rande der Gesellschaft, sondern mitten drin hat ihr Platz zu sein. Beherzigen die Kommunen diesen Grundsatz, müssen sie alle Voraussetzungen dafür schaffen, ihn zu verwirklichen.

Altengerechtes Wohnen, Einkaufsmöglichkeiten im Wohnumfeld, Möglichkeiten zur Pflege der Sozialkontakte und eine ausreichende medizinische Betreuung sind Aufgaben, die verstärkt in Planung und Umsetzung genommen werden müssen.

Es ist von besonderer Bedeutung in allen Bereichen, den Älteren Möglichkeiten zu geben, ihren Erfahrungsschatz weiterzugeben und auf diese Weise produktiv wirken zu können.

Kommunalfinanzen, Gemeindeverfassung

Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf die Leistungen der Daseinsvorsorge. Darum lehnen wir die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen und Einrichtungen ab und werden uns angeblichen Sach- und Sparzwängen nicht beugen: Alle Bereiche der gemeinschaftlichen Daseinsvorsorge gehören in öffentliche Hand.

Dem Versuch, mit der geplanten Reform der Gemeindeordnung die kommunale Selbstverwaltung und demokratische Rechte noch weiter einzuschränken, treten wir entgegen. Das Recht auf unbeschränkte wirtschaftliche Betätigung der Kommunen muß erhalten bzw. wieder hergestellt werden.

Wir treten für eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes der Stadt ein. Mittelfristig soll die Gewerbesteuer progressiv nach der Wertschöpfung der Betriebe gestaffelt und mit Ab-/Aufschlägen für ökologische Nachhaltigkeit versehen werden (Bonus-/Malus-System).

Wir sind für eine Gemeindefinanzreform, die die Kommunen finanziell so ausstattet, daß sie ihren Aufgaben gerecht werden können. Wir bestehen auf dem Konnexitätsprinzip zwischen Kommunen, Land und Bund („Wer bestellt, muß auch bezahlen!„).

Zur Reform der Gemeindefinanzen halten wir eine stärkere Besteuerung der wirtschaftlich Starken und großer Vermögen für unabdingbar. Wir fordern ein Entschuldungsprogramm für die Kommunen.

Dortmund, 13. August 2007

Gez.: Hannes Fischer, Nursen Konak, Prof. Wolfgang Richter, Wolf Stammnitz